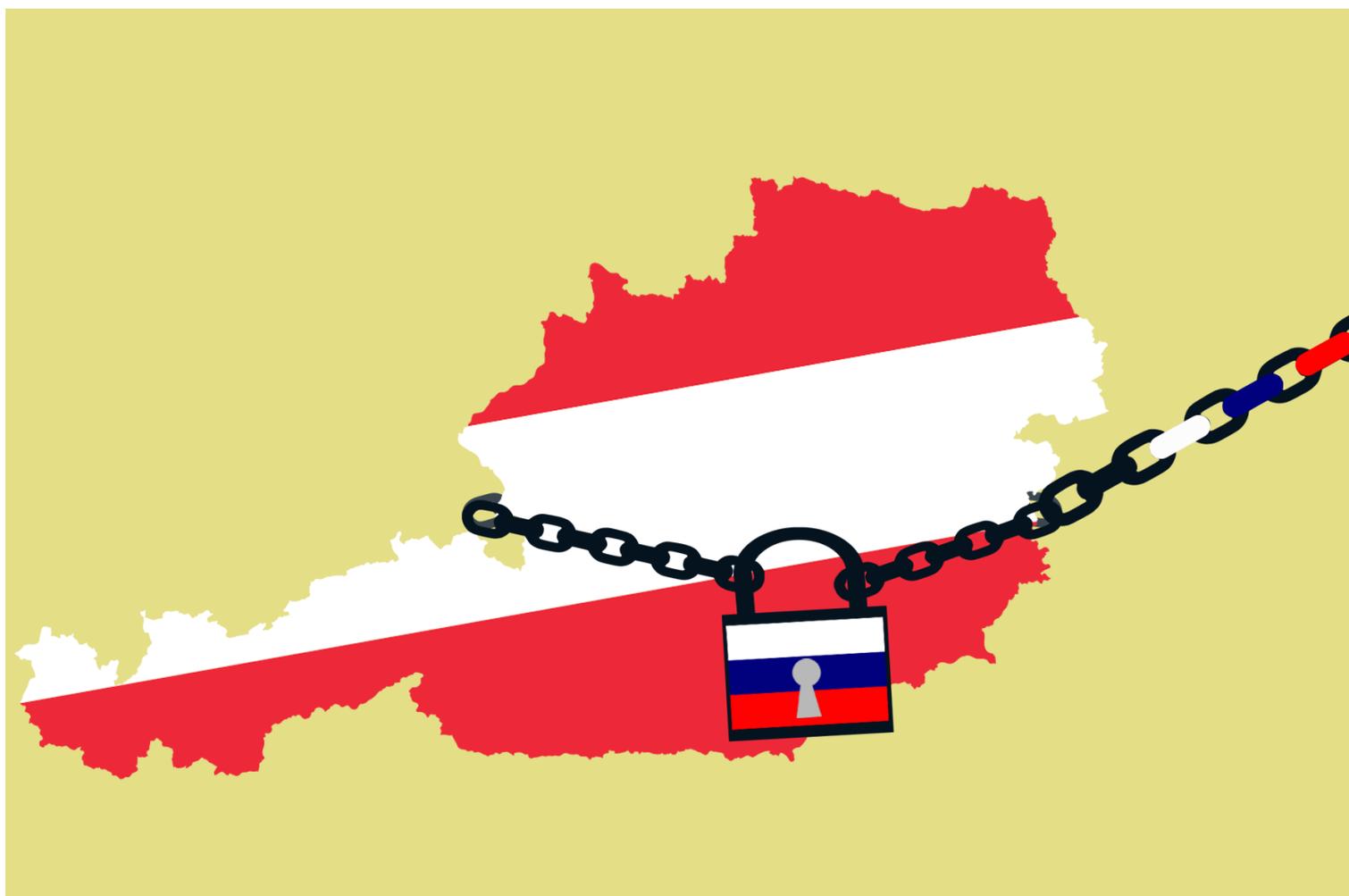


An der Gasleine

Zur Geschichte der Abhängigkeit Österreichs von russischem Erdgas



Executive Summary

Verfasser: Prof. Herbert Lechner, Österreichische Energieagentur

Ort, Datum: Wien, Februar 2023

Impressum

Herausgeberin: Österreichische Energieagentur – Austrian Energy Agency, Mariahilfer Straße 136, 1150 Wien

Telefon: +43 1 586 15 24, Fax-Durchwahl 340, office@energyagency.at, energyagency.at

Für den Inhalt verantwortlich: DI Franz Angerer | Gesamtleitung: Prof. Mag. Herbert Lechner

Lektorat: Phan Quoc Bao An | Layout: Österreichische Energieagentur

Herstellerin: Österreichische Energieagentur – Austrian Energy Agency | Verlagsort und Herstellungsort: Wien

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Nachdruck nur auszugsweise und mit genauer Quellenangabe gestattet.

Die Österreichische Energieagentur hat die Inhalte der vorliegenden Publikation mit größter Sorgfalt recherchiert und dokumentiert. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte können wir jedoch keine Gewähr übernehmen.

Abstract

Die vorliegende Analyse beschreibt die historische Entwicklung der Abhängigkeit Österreichs von russischem Erdgas bis zum Jahr 2020. Sie beginnt mit dem rasch steigenden Gasverbrauch in den Jahren des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg, der durch die inländische Gasförderung nicht mehr gedeckt werden kann (Kapitel 2). Es folgt die Suche nach ausländischen Lieferanten, an deren vorläufigem Ende ein erster Liefervertrag – als erstes westeuropäisches Land – mit der UdSSR steht (Kapitel 3). Die Hochlaufphase des Vertrags, erfolglose Bemühungen um Gas aus anderen Lieferländern und die zunehmende Abhängigkeit von russischem Erdgas durch weitere Vertragsabschlüsse werden danach beschrieben (Kapitel 4). Ein Liefervertrag mit Norwegen bringt keine substantielle Änderung der Situation (Kapitel 5). Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union nehmen die nationalen Aktivitäten zur Diversifizierung weiter ab, Handlungsbedarf dafür wird eher in Brüssel gesehen (Kapitel 6). Putin verkündet 2007 eine neue politische Ära; die EU versucht, dem eine geeinte Position gegenüberzustellen (Kapitel 7). Die Nutzung von Gas als politische Waffe Russlands wird deutlich thematisiert, die EU sucht die Anbindung zu neuen Lieferanten, ein österreichisch koordiniertes Projekt dazu scheitert (Kapitel 8). Auf den Beginn der ersten Phase des Angriffs Russlands auf die Ukraine folgt die volle Fokussierung der OMV-Geschäftsbeziehungen auf die russische Gazprom und Österreichs Politik sowie Wirtschaft bieten dem russischen Präsidenten trotz Sanktionen eine Bühne, um die Gesprächskanäle offenzuhalten (Kapitel 9).

In der vorliegenden Analyse wird auf offizielle Dokumente (wie Energieberichte und -strategien, Geschäftsberichte und -präsentationen), politische Diskussionen anhand stenografischer Protokolle und Pressemeldungen und auf eine Vielzahl thematisch verbundener Studien und Forschungsprojekte (mit teilweise intensiven Recherchen in nationalen und sowjetischen Archiven) zurückgegriffen. Die Einbeziehung themenspezifischer Entwicklungen auf Ebene der EU mittels entsprechender Dokumente und deren Rückwirkungen auf die österreichische Energiepolitik soll ein möglichst umfassendes Bild ergeben.

Es zeigt sich, dass trotz früher und wiederholter Warnungen vor zu großer Abhängigkeit besonders in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten russisches Gas als alternativlos angesehen wurde. Österreich mit einer überdurchschnittlich exponierten Gasversorgung hat damit seine Abhängigkeit akzeptiert: Der Gasimport und daraus resultierend die Versorgungssicherheit – ein zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge – wurden politisch als privatwirtschaftliche Angelegenheit eingestuft. Versorgungsrisiken wurden als „moderat“ eingestuft und Argumente für den russischen Gasbezug über Jahrzehnte ohne Hinterfragen tradiert (zum Beispiel „billiges Gas“, „gegenseitige Abhängigkeit“), und es wurde insgesamt tunlichst vermieden, Russland zu „verärgern“ oder gar zu „provozieren“. Zur Immunisierung gegenüber Kritik über eine zu große Russland-Nähe und deren wirtschaftliche Nutzung wurde mit Neutralitätspolitischen Überlegungen gekontert. Damit ist der ursprüngliche Plan der UdSSR aufgegangen, Österreich durch Gaslieferungen wirtschaftlich abhängig zu machen.

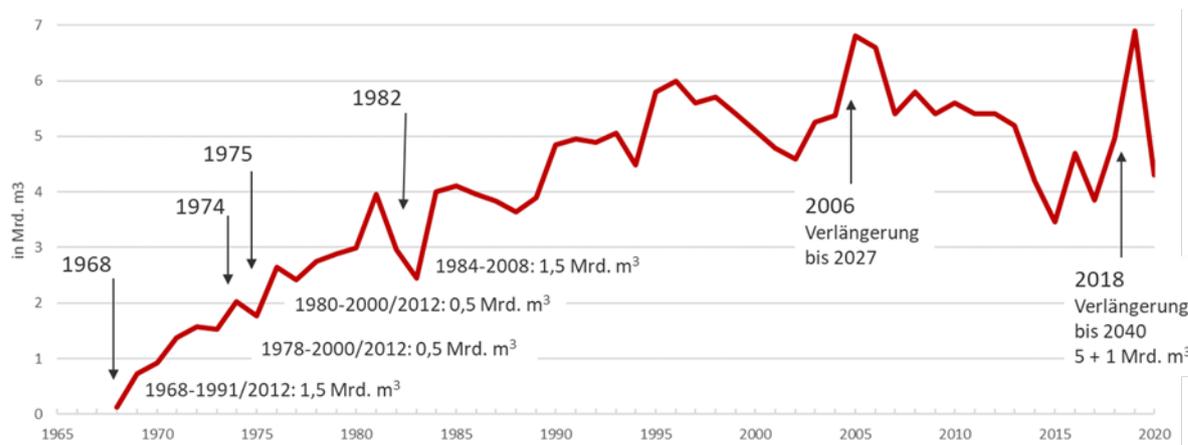
Der rasche Abbau der Abhängigkeit von russischem Gas in vielen Ländern der EU zeigt heute, dass entschlossenes politisches Handeln sehr wohl neue Realitäten schaffen kann. Zudem braucht es ein neues Verständnis von Risikobewertungen auf Basis fundierter und ergebnisoffener Analysen. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz müssen stärker in einer Risikominderungsstrategie verankert werden, ebenso wie die Berücksichtigung politischer Risiken von neuen Lieferverträgen sowie deren demokratiepolitische und menschenrechtliche Einbettung.

Executive Summary

1. Österreich unter den Ländern mit größter Abhängigkeit von russischem Gas

Seit 1968 bezieht Österreich Erdgas aus der UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) beziehungsweise aus Russland. Abbildung 1 zeigt die mengenmäßige Entwicklung und die Eckpunkte der relevanten Bezugsverträge. Bis Ende 2020 – bis dahin erfolgte die gegenständliche Analyse – wurden insgesamt 218 Milliarden m³ an russischem Gas an Österreich geliefert. 82 % der heimischen Importe stammten damit aus russischen Quellen, diese deckten im Durchschnitt der Jahre 1968–2020 64 % des österreichischen Gasverbrauchs.

Abbildung 1: Erdgasimporte und -verträge für sowjetisches beziehungsweise russisches Gas



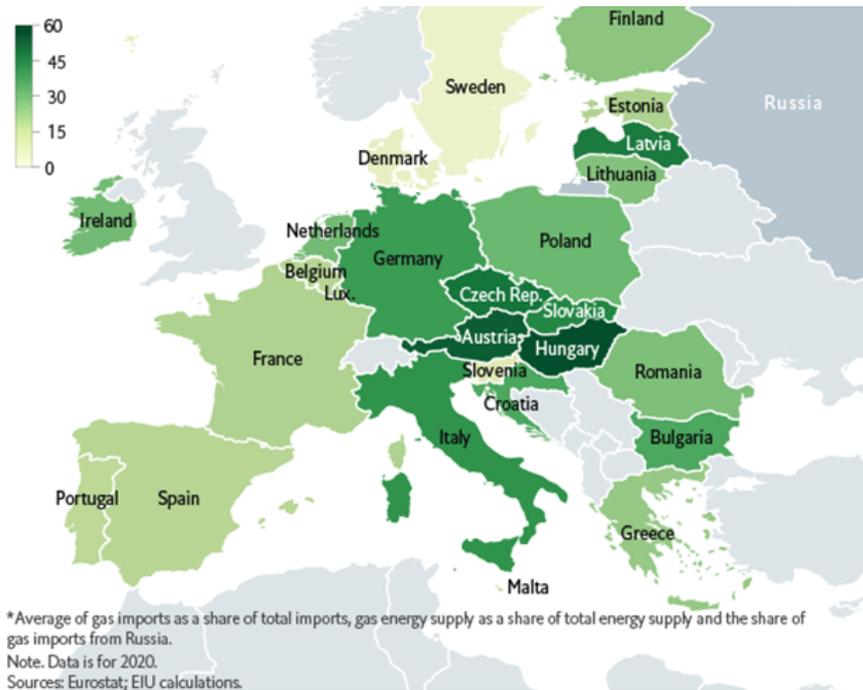
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Statistik Austria, Gazprom, Acer, BP Statistical Review of World Energy, Feichtinger/Spörker

Während der Anteil der russischen Gasimporte zu Beginn im Durchschnitt der Jahre 1968–1978 noch bei 45 % lag, stieg er danach in einzelnen Jahren auf bis zu 80 % und ging erst mit den ersten Gaslieferungen aus Norwegen ab 1993 etwas zurück. Im Zeitraum 2010–2020 betrug der Anteil russischer Lieferungen am österreichischen Gasverbrauch im Durchschnitt rund 60 %.

Dabei ist zu beachten, dass die der Bundesrepublik Deutschland zugeordneten Mengen zur Versorgung von Tirol und Vorarlberg ebenfalls ursprünglich aus Russland stammten und damit der Anteil Russlands am österreichischen Gasverbrauch im letzten Jahrzehnt bei etwa zwei Dritteln lag.

Neben Lettland (das ein gesetzliches Importverbot für russisches Gas ab 1. Jänner 2023 erlassen hat) und Ungarn gehört Österreich damit zu den von russischen Gaslieferungen abhängigsten Ländern in Europa, siehe Abbildung 2.

Abbildung 2: Europas Risikopotenzial gegenüber russischen Gaskürzungen (Russian Gas Vulnerability Index* 2020)

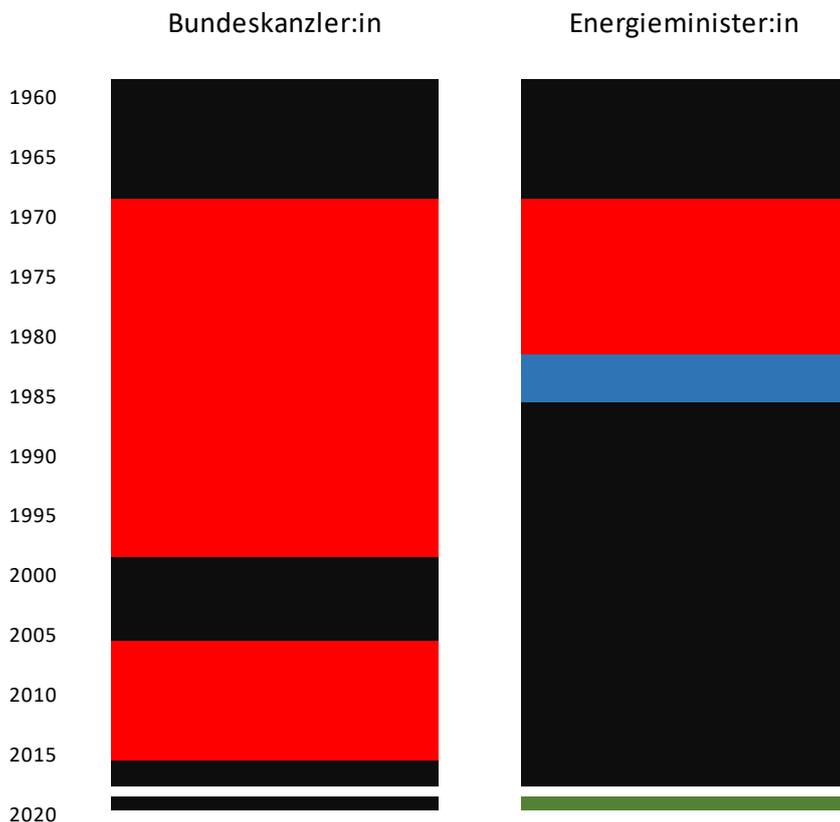


Quelle: (Economist Intelligence, 2022)

2. Politische Zuständigkeit bei ÖVP und SPÖ verortet

Von 1960 bis einschließlich 2020 (also in 61 Jahren) wurde die Bundesregierung in 41 Jahren von einem Bundeskanzler der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) angeführt, in 19 Jahren von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Für die wesentlichen Energieagenden (und damit auch für die Erdgasversorgung beziehungsweise den Erdgasimport) waren 42 Jahre lang Bundesminister:innen der ÖVP zuständig, 13 Jahre wurden diese von der SPÖ und vier Jahre von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) gestellt. Die Energiekompetenzen lagen in den Jahren um den Abschluss des ersten Erdgasimportvertrags mit der UdSSR (1960–1969) und später ohne Unterbrechung von 1987 bis 2018 bei der ÖVP, siehe Abbildung 3. Das heißt, die energiepolitische Zuständigkeit war seit 1945 wesentlich bei der ÖVP verortet. Während sich SPÖ-geführte Bundesregierungen in den 70er- und 80er-Jahren noch sehr deutlich um die Diversifizierung der Erdgasbezüge bemühten, entwickelte sich in den späteren Jahren ein Gleichklang mit den importbezogenen Ansätzen und dem „Russland-Energiekurs“ der ÖVP.

Abbildung 3: Die politische Landkarte Österreichs



Quelle: (Bundeskanzleramt, 2023), (Bundesministerium Arbeit und Wirtschaft, 2023), eigene Darstellung

Erläuterung zur Abbildung

Farbcode: Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) = rot, Österreichische Volkspartei (ÖVP) = schwarz, Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) = blau, Die Grünen = grün, Expert:innenregierung = weiß

Die Energieagenden waren immer nur Teil eines breiteren Portfolios und waren bis 2019 dem Wirtschaftsressort zugeordnet (genau genommen bis zum Inkrafttreten einer Novelle zum Bundesministeriengesetz am 29. Jänner 2020, BGBl. I Nr. 8/2020). Der Wirtschaftsminister agierte demnach auch als Energieminister. Ausgehend vom Bergwesen (aufgrund der früheren Bedeutung der Kohlewirtschaft, später der Erdölförderung) waren wesentliche Energieagenden bereits in der Nachkriegszeit im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie angesiedelt und wurden dort im Jahr 1974 auf Grundlage des Bundesministeriengesetzes konsolidiert.

3. Erdgasimport und Versorgungssicherheit als „privatwirtschaftliche Angelegenheit“

Die Annäherung der beiden Parteien in ihrer Position zum Erdgasimport und damit zur Versorgungssicherheit betraf besonders die Scheu vor einer aktiveren (energie-)politische Rolle. So sagt der damalige Vizekanzler und Handelsminister Fritz Bock (ÖVP) schon im Mai 1967 zu sowjetischen Erdgaslieferungen (Nationalrat, 1967, S. 12): „Der Abschluss von Verhandlungen, betreffend eine Erdgasleitung von Russland nach Italien - soweit Österreich daran interessiert ist -, ist eine privatwirtschaftliche Angelegenheit der beteiligten Firmen.“ Mehr als

40 Jahre später meint Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) im Jahr 2009 zu der letztendlich gescheiterten Nabucco-Leitung: „Es handelt sich hierbei nicht um ein Projekt des Staates oder der Staaten, sondern um ein privatwirtschaftlich finanziertes Projekt, wofür allerdings auch EU-Interesse besteht.“ An anderer Stelle sagt er zur Beteiligung an österreichischer kritischer Infrastruktur: „Die Entscheidung über eine Beteiligung der Gazprom an der Gasversorgungsinfrastruktur in und nach Österreich obliegt daher der Gazprom selbst sowie den auf diesem Gebiet in Österreich tätigen Unternehmen OMV, RAG, ‚Nabucco Gas Pipeline International‘ und so weiter“ (Nationalrat R. Ö., Stenographisches Protokoll 10. Sitzung XXIV. Gesetzgebungsperiode, 2009, S. 158).

In diesem Sinn wird die Umsetzung von Maßnahmen zur Versorgungssicherheit bei Erdgas in der Energiestrategie 2010 ausschließlich den Energieversorgern zugeordnet, während im Strombereich die Verantwortung für den Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze bei Bund, Ländern und Netzbetreibern gesehen wird.

4. Risiko hoher Abhängigkeit auf nationaler Ebene früh und eindeutig benannt

In der politischen Diskussion wurde das Risiko einer zu hohen Abhängigkeit von russischen Gasimporten bereits früh artikuliert, so etwa vom Nationalratsabgeordneten Siegmund Burger (ÖVP) im Jahr 1971. „Ich bin manchmal sehr besorgt, wenn ich die Energieversorgung betrachte, weil wir riesige Mengen Erdgas von den Ostländern hereinbekommen, weil wir riesige Mengen Koks importieren und weil dies auch bei Öl der Fall ist. Wir haben unsere Energieversorgung unbedingt auf den Frieden abgestellt. Wollen wir es gemeinsam nicht wahrhaben, dass es einmal zu Krisenzeiten kommen könnte? Es brähe bei uns die Energieversorgung wahrscheinlich zusammen!“ Es gab außerdem Warnungen, die sich über die folgenden Jahrzehnte fortsetzten und sich anlässlich der russischen Lieferunterbrechungen Anfang 2009 verdichteten, etwa in einer Anfrage der Grünen an den damaligen Wirtschaftsminister Mitterlehner (Nationalrat R. Ö., Dringliche Anfrage 675/J XXIV. GP und Entschließungsantrag 382/A(E) XXIV. GP, 2009): „Sie haben nicht begriffen, dass Russland auch künftig die Möglichkeit und Stärke hat, im energiepolitischen Machtpoker die Ukraine und Europa mit dem Gashahn zu erpressen. [...] Österreich und Europa müssen raus aus der Abhängigkeit von fossilen Energieimporten.“

Sogar das österreichische Außenministerium meinte in seinem Bericht für das Jahr 2007 offen. „Russland setzt seine Energiepolitik als machtvoll Instrument der Außenpolitik ein.“ Darüber hinaus wird in einer Lagebeschreibung der Landesverteidigungsakademie aus dem Jahr 2009 gewarnt (Malek, 2009, S. 13): „Ohne Gegenmaßnahmen könnte die Energiesicherheit der EU lange vor 2030 weitgehend vom Wohlwollen Moskaus abhängen, was ihm übermäßigen und potenziell problematischen Einfluss auf die europäische Entscheidungsfindung nicht nur im Bereich der Energiepolitik einräumen würde.“ Weiters heißt es dort:

Russland will so viele Länder wie möglich in- und außerhalb der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) zu den Kunden seiner Erdöl- und Erdgasindustrie machen, die Pipelinesysteme anderer GUS-Republiken übernehmen, sich in bedeutende Energieversorgungsunternehmen in- und außerhalb der GUS einkaufen und auch die Lieferkette bis zu den Endverbrauchern kontrollieren. Zudem sollen andere rohstoffreiche GUS-Republiken wie Aserbaidshan, Turkmenistan, Kasachstan und Usbekistan ihre Energieträger nach Moskauer Vorstellungen nur über Pipelines exportieren, die russisches Territorium kreuzen. Das bringt Transitgebühren ein und macht Liefer- wie Abnehmerländer vom Kreml abhängig, da dieser die Pipelines im

Bedarfsfall unterbrechen könnte. Alle diese Maßnahmen sollen möglichst viele Länder an russische Firmen anbinden, was sich bei entsprechenden Rahmenbedingungen auch in politische Abhängigkeiten ummünzen ließe. (Malek, 2009, S. 7)

5. Russisches „Drehbuch“ für Gas als politische und wirtschaftliche Waffe

Die beschriebenen Warnungen beschränken sich nicht auf die österreichische Diskussion. Am deutlichsten wird wohl ein Dokument der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2008 (EU-KOM D. E., 2008): Russland hätte bereits kurz nach der Rede Putins bei der Sicherheitskonferenz in München 2007 und seiner Kritik an den Rücksichtslosigkeiten des Westens unter Führung der USA – insbesondere der Osterweiterung – mit der Intervention in Georgien gezeigt, dass es nun tatsächlich auch zu einem massiveren Eingreifen bereit ist. „Gas als Waffe“ war zu diesem Zeitpunkt ohnedies keine Novität mehr: Laut Defence Research Agency in Stockholm gab es schon zwischen 1991 und 2006 mindestens 55 Fälle, in denen Gazprom beziehungsweise Russland seine Lieferungen an das Ausland stoppte oder zumindest damit drohte. In der russischen Presse wurde die außenpolitische Bedeutung von Gazprom mit den Kernwaffen Russlands verglichen.

Es brauchte in der Regel aber gar keine konkrete Lieferunterbrechung – also die direkte Anwendung von „Gas als Waffe“; es reichte das unausgesprochene, aber dem Gegenüber bewusste Drohpotenzial, das in vielen Fällen europäische Regierungen dazu veranlasst hat, Russland nicht zu verärgern oder gar zu provozieren. Das oben erwähnte Dokument der EU (Europäische Union) zeigt noch weitere Strategien Russlands, um politisches Wohlverhalten sicherzustellen. Dazu gehörten etwa Versprechen von großen Investments und die Positionierung als Gasdrehzscheibe (Beispiel Erdgas-Hub Baumgarten), weiters die Unterstützung von Politiker:innen und Parteien in Erwartung einer späteren „politischen Dividende“ (diese Thematik spiegelt sich in der Diskussion um den Kooperationsvertrag der FPÖ mit „Geeintes Russland“ wieder (Kurier, FPÖ-Kooperationsvertrag mit Kreml-Partei läuft erst 2026 aus, 2022)) oder verdeckte Absprachen und Geldflüsse über Dritte (Beispiel Treuhänderschaft der RIAG bei RosUkrEnergo).

Gazprom sorgte nicht nur mit diesen Strategien für die Absicherung der eigenen Position: Die frühzeitige Kontrahierung von für Westeuropa potenziell nutzbaren neuen Gasmengen (Beispiel kaspischer Raum) und die Konkurrenzierung dafür geplanter Pipeline-Projekte (South Stream versus Nabucco) waren weitere Maßnahmen. Gazprom zielte auch – erfolgreich – in Richtung einer Vorwärtsintegration und Ausweitung seiner Machtposition durch den Erwerb bzw. Aufbau von Infrastruktur, Gasspeichern (Haidach/Salzburg), Versorgungsunternehmen oder Handelsplattformen (Versuch der Beteiligung am Central European Gas Hub/CEGH) in Westeuropa.

6. Nationale Interessen behindern gemeinsame EU-Position

Ab dem Jahr 2000 legt die EU-Kommission einen stärkeren Fokus auf die Versorgungssicherheit und auf eine geografische Diversifizierung der Versorgung, insbesondere mit Flüssiggas. Dafür wurden „Vorhaben von gemeinsamem Interesse“ identifiziert sowie politisch und finanziell unterstützt. Die Motivation dafür wird sehr klar adressiert (EU-KOM, Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit KOM(2000)769 endgültig vom 29.11.2000, 2000, S. 93): „Auch vorübergehende Unterbrechungen sind zu bedenken, deren Auswirkungen sowohl für die Verbraucher als auch für die Wirtschaft allgemein verheerend sein können.“

Nach der im Jahr 2006 auch in Westeuropa spürbaren Unterbrechung der Gaslieferungen an die – in der Diktion Russlands – ukrainischen „orangenen Revolutionäre“ intensivierte die EU ihre Bemühungen in Richtung

einer, wenn schon nicht gemeinsamen, zumindest stärker abgestimmten und solidarischen Energie- und Energieaußenpolitik. Obwohl die EU diesbezüglich durchaus als treibende Kraft angesehen werden kann, ist es bis heute in der Regel aber nur mit hohem politischen Aufwand und längerfristig – wenn überhaupt – möglich, aus den Energiepolitiken der einzelnen Mitgliedstaaten einen EU-Konsens zu formen, ist doch im Fall der Erdgasversorgung aufgrund der unterschiedlichen Importabhängigkeit von Russland die Interessenslage sehr heterogen. Dem steht der russische Staat gegenüber, der nicht nur mit seiner Mehrheit im Aufsichtsrat Zugriff auf sein „politisches Werkzeug“ Gazprom hat, sondern auch auf ein „präsidenten-loyales Management“ vertrauen kann.

Parallel zu diesen Bemühungen um eine gemeinsame Energiepolitik wies die Kommission aber auch darauf hin, dass für die Versorgungssicherheit letztendlich jeder Mitgliedstaat selbst verantwortlich wäre. Dagegen sieht das österreichische Energiekonzept 2018 (#mission2030) den nationalen Fokus auf der Reduktion der Importe, während die weitergehende Diversifikation gesamteuropäische Bedeutung habe und daher EU-weit abgestimmt erfolgen solle – Österreich habe aber ohnedies ein sehr hohes Niveau an Versorgungssicherheit.

7. Für Russlands Ruf friert die Ukraine

Das Risiko eines politisch motivierten Exportstopps war in den ersten Jahren der sowjetischen Gaslieferungen nach Österreich deshalb gering, weil sich die UdSSR erst als zuverlässiger Partner profilieren musste. Zweifel bestanden allerdings an der technischen Leistungsfähigkeit der sowjetischen Gasinfrastruktur, war die UdSSR doch schon zuvor beim Aufbau ihrer eigenen Gasversorgung auf westliche technologische Unterstützung angewiesen. Das betraf besonders die Lieferung von Gasrohren mit größerem Durchmesser, aber auch von Kompressoren; daher waren diese „kritischen“ Güter zeitweise auch mit einem Lieferembargo belegt (etwa von 1962 bis 1966 als Reaktion auf die Kubakrise und den Bau der Berliner Mauer). Nicht ohne Grund war daher der erste Gasliefervertrag an die Lieferung von Großrohren als Gegengeschäft gekoppelt und damit „Gas gegen Rohre“ auch ein Modell für spätere Verträge.

Tatsächlich kam es zu Mengenproblemen. Um zu Beginn der ab 1968 laufenden russischen Gaslieferungen nach Österreich zumindest die vertraglichen Mindestverpflichtungen zu erfüllen, wurden in den verbrauchsstarken Wintermonaten nach dem Motto „Frieren für den Export“ die Mengen für die UdSSR-Bruderstaaten gekürzt, vor allem für die Ukraine, aber auch für baltische Staaten. Zeitweise konnten Haushalte wochenlang nicht beheizt werden und Betriebe mussten schließen; das zeigen die in den sowjetischen Archiven gefundenen Protestschreiben der lokalen Verwaltungen. In Österreich – als Testfall für den Bezug von UdSSR-Gas – waren diese schwerwiegenden Probleme kaum merkbar, und mit dem Image des zuverlässigen Lieferanten folgten bald weitere Verträge mit westlichen Kunden (Deutschland, Italien).

8. Kraft zur Diversifizierung mit Norwegen-Liefervertrag erschöpft

Auch wenn der Anteil der sowjetischen Lieferungen am österreichischen Gasverbrauch zu Beginn noch niedrig war, konnte damit ein akuter Gasmangel behoben werden. Allerdings stieg der Gaskonsum weiter, sodass sich rasch zusätzlicher Bedarf ergab. In den Konzepten der von 1970 bis 1983 von Bundeskanzler Bruno Kreisky (SPÖ) geführten Regierung finden sich daher diverse Projektvorhaben zur Diversifizierung, vor allem für algerisches Gas. Diese politischen Interessensbekundungen wurden durch den innerösterreichischen Kampf um die Gasversorgung befeuert: auf der einen Seite die verstaatlichte ÖMV (Österreichische Mineralölverwaltung; seit 1995 OMV) im Einflussbereich der SPÖ, auf der anderen Seite die in der Austria Ferngas (AFG) zusammengeschlossenen, mehrheitlich im Naheverhältnis zur ÖVP stehenden Landesferngasgesellschaften. Primär die AFG war bemüht, Alternativen zu Gas aus der UdSSR aufzubauen und damit die ÖMV als

„Zwischenhändler“ auszuschalten. Obwohl die AFG dies auch über die Beteiligung an internationalen Käuferkonsortien versuchte, blieb sie über viele Jahre erfolglos. Erst fast zwanzig Jahre nach den ersten Lieferungen aus der UdSSR gelang ihr (gemeinsam mit der ÖMV) 1986 ein Vertragsabschluss für norwegisches Gas mit einem Lieferbeginn ab 1993 (20–25 % des russischen Liefervolumens).

Danach schien die „Kraft zur Diversifizierung“ erschöpft, was sich auch in den energiepolitischen Dokumenten niederschlägt. Bei Diversifizierung ging es zunehmend um die der Lieferrouten und nicht mehr der Lieferländer, konkret von Gas aus Russland. Erst 2010 erfolgte wieder eine bedeutendere diplomatisch-politische Initiative: Die Eröffnung einer neuen österreichischen Vertretung in Baku (Aserbaidshan) und daran anschließende Besuche von Minister:innen und des Bundespräsidenten sollten den Plan für die Nabucco-Pipeline unterstützen. Diese Gasleitung sollte Erdgas aus der kaspischen Region bis zum OMV-Knoten Baumgarten bringen und damit eine Alternative zum russischen Gas eröffnen.

Das Nabucco-Projekt scheiterte 2013, da keine ausreichenden Gasmengen akquiriert werden konnten. Tatsächlich ging es ohnedies nicht vorrangig um Nabucco, sondern um eine österreichische Wirtschaftsoffensive im Schwarzmeerraum. Darauf weist auch die parallel zur diplomatischen Vertretung erfolgte Gründung einer Österreich-Aserbaidshanischen Handelskammer hin. Auf den Punkt brachte es der damalige Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) in einer Rede in der Wirtschaftskammer Österreich im Jahr 2011 (BMeiA, 2011): „Österreich darf die Chance nicht verpassen, sich in der Schwarzmeerregion und am Kaukasus politisch und wirtschaftlich zu positionieren. Ich bin überzeugt davon, dass Österreich in dieser Region die gleiche Rolle spielen kann, wie es am Balkan der Fall ist, und sein Know-how und seine Erfahrungen vom Balkan erfolgreich zum Einsatz bringen kann.“ Auch eine Depesche der US-Botschaft in Wien aus dieser Zeit spricht davon, dass Außenminister Spindelegger sich weitgehend darauf konzentriere, das Vordringen der österreichischen Wirtschaft im Schwarzmeerraum und im Kaukasus zu befördern. Sein Eintreten für die Nabucco-Gaspipeline sei aber immerhin von eindeutigem Nutzen für die USA (Friedmann Jan, 2010).

9. Aus Abhängigkeit wird „Interesse“, aus Neutralität „Wettbewerbsvorteil“

Dass in Österreich wirtschaftliches Interesse – in Verbindung mit der Nutzung der Neutralität sowohl als „Wettbewerbsvorteil“ als auch zur Immunisierung gegenüber Kritik – die Energieversorgung überlagerte, lässt sich nicht nur bei Nabucco, sondern generell in der österreichisch-russischen Gas-Geschichte erkennen. Diese Haltung ist auch ganz im Sinne der UdSSR, die ein großes Interesse daran haben, Österreich wirtschaftlich abhängig zu machen, wie neueste historische Analysen sowjetischer Dokumente zeigen. Der Historiker Walter Iber sagt dazu:

Wir wissen aus sowjetischen Dokumenten, dass hier der große Plan war [sic] der sowjetischen Führung rund um Chruschtschow, Österreich in ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis zu drängen. Das ist lange Zeit auch von Historikern belächelt worden, weil kein Zweifel bestanden hat, welcher Hemisphäre Österreich wirtschaftlich und gesellschaftlich zuzuordnen war. Wenn man aber diese Erdgasverträge sich vor Augen hält und vor allem die heutigen Diskussionen auch um diese Erdgasverträge und die Abhängigkeit von Russland, wird man womöglich diese Bestrebungen Chruschtschows in einem anderen Licht sehen müssen.
[Anmerkung: Transkript aus (ORF III, 2022)]

Bereits vor der Aufnahme der ersten Gaslieferungen nutzte Österreich seine Position, um in Deutschland erzeugte Großrohre, deren Export aufgrund des „Rohreembargos“ von 1962 bis 1966 für NATO-Mitglieder (North Atlantic Treaty Organization) sowie Australien und Japan verboten war, zu importieren und wiederum in die UdSSR zu exportieren. Im August 1968 wurde mit einer sowjetisch geführten Invasion die Reformbewegung des Prager Frühlings blutig niedergeschlagen. Die UdSSR bot Österreich an, die Gaslieferungen bereits ab 1. September 1968 aufzunehmen und dieses symbolträchtige Angebot wurde angenommen. Zu einer Verurteilung der russischen Invasion durch Österreich kam es hingegen nicht, man verhalte sich strikt neutral, so der damalige Bundeskanzler Josef Klaus (ÖVP).

Eine andere Sicht auf Neutralität vertrat der spätere Außenminister Alois Mock (ÖVP): Er kritisierte die einseitige Abhängigkeit von Gas aus der UdSSR und betonte, dass Neutralität auch wirtschaftliche Unabhängigkeit erfordere. Konkrete Konsequenzen ergaben sich daraus jedoch nicht und der Ansatz wurde in den weiteren Jahren auch nicht weiterverfolgt.

Wirtschaftliche Bedeutung hatten nicht nur die Gaslieferungen selbst, sondern auch die damit verbundenen Gegengeschäfte (ein wesentliches Geschäftsmodell für den Osthandel), besonders für die verstaatlichte Industrie. Zu Beginn war es die Lieferung der Großrohre für die Gaspipelines durch die VOEST (Vereinigte österreichische Eisen- und Stahlwerke), die 1978 die Intertrading AG für die Abwicklung ihrer Gegengeschäfte mit Oststaaten und die Verwertung der Waren gründete. In Folge wurde sowohl das Länderspektrum (zum Beispiel auf den Iran) vergrößert, als auch das Portfolio der Handelsgeschäfte (auf den gesamten Rohstoffhandel) erweitert. Dramatische Spekulationsverluste, aber auch Verluste bei realen Geschäften führten 1985 zu einer schweren Krise der verstaatlichten Industrie und in Folge zur Privatisierung großer Teile des Sektors, auch der VOEST.

10. Russland hält die österreichische Gasdrehzscheibe am Laufen

Für Österreich nicht nur imagefördernd und vorteilhaft im (energie-)politischen Marketing, sondern auch von ökonomischem Mehrwert ist in den Folgejahren seine Positionierung als „europäische Gasdrehzscheibe“. Neben dem Ausbau der Gasspeicher wurde dies nach dem EU-Beitritt zunehmend das zweite Standbein einer österreichischen Gassicherheitsstrategie. Unter dem „Schirm“ dieser Gasdrehzscheibe – „too big to fail“ – wären die österreichischen Gaslieferungen krisenfest. Aus welchem Land diese Drehzscheibe mit Erdgas gespeist wird, ist dabei sekundär. Solange die Diversifizierung der Routen am Gashub Baumgarten endet, stärkt dies den Ertrag der österreichischen Drehscheibenfunktion, auch wenn die Abhängigkeit von Russland damit weiter steigt. So ist auch der Vorschlag des damaligen Wirtschaftsministers Mitterlehner im Jahr 2009 zu erklären, Russland an der geplanten, bis Baumgarten führenden Nabucco-Leitung zu beteiligen, die Europa und Österreich eigentlich ein wenig unabhängiger von Russland machen sollte. Stattdessen unterstreicht er die „Unabhängigkeit von der Ukraine“ (Bundesrat, 2010, S. 59), sowohl mit Nabucco als auch mit South Stream (Konkurrenzprojekt der Gazprom). Damit liefert die österreichische Politik ein Paradebeispiel für einen gelungenen Einsatz der sogenannten Soft Power Russlands (wie im EU-Dokument von 2008 skizziert): Sicherstellung des Wohlerhaltens durch „Auszeichnung“ als „Gas Hub“.

Dieses wirtschaftliche Primat, verbunden mit der Sedierung risikospezifischer Bedenken, zieht sich bis in die jüngste Geschichte. Nur vier Monate nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim wurde Putin zu einem Staatsbesuch in Österreich empfangen – dem ersten Auslandsbesuch in einem EU-Land seit dem Beginn der ersten Phase des Angriffs auf die Ukraine. Die SPÖ-geführte große Koalition rechtfertigte dies mit dem „Offenhalten von Gesprächskanälen“.

Eine etwas andere Sicht auf dieses Neutralitätsverständnis wird schon früher, etwa aus Depeschen der US-Botschaft in Wien, deutlich. „Es zählt zu den Dogmen der österreichischen Nationalmythologie, [...] dass die Fähigkeit, weltweite Verbindungen zu unterhalten, ein echter Beitrag zu Frieden und Stabilität ist.“ Die wahren Interessen der in Wien Regierenden seien innenpolitischer Natur: den Außenhandel voranzutreiben, den eigenen Arbeits- und Agrarmarkt abzuschotten und Stabilität auf dem Balkan zu gewährleisten. Und: „Die Kluft zwischen dem Bild, das Österreich sich selbst von seiner Rolle in der Welt macht, und seiner tatsächlichen, zunehmend bescheidenen Leistung“, ist aus amerikanischer Sicht nicht kleiner geworden (Friedmann Jan, 2010). Gänzlich undiplomatisch wird in (Sterniczky, 2011, S. 116) formuliert: „Die Neutralität dient nicht der Orientierung an der Ausgewogenheit, sondern deckt als Mantel die ungenierten Anbahnungsversuche zur Absicherung des eigenen Vorteils.“

Bei seinem Besuch 2014 in der Wirtschaftskammer, dem dritten seit 2001, betonte Putin:

[K]ein Land [müsse] „Angst“ vor einer Abhängigkeit von russischem Gas haben [...]. Es bestünde eine „gegenseitige Abhängigkeit“, „das ist eine Grundlage für Stabilität. [...] Wir arbeiten nie gegen jemanden“. Zum Vertrag über die Gas-Pipeline South Stream, der am Tag davor unterzeichnet wurde, sagte Putin, dass Baumgarten damit zu einem zentralen Energieknoten Europas werde. (profil, 2014)

Im Rahmen des Putin-Besuchs wurde zwischen OMV und Gazprom der Vertrag zum Bau des österreichischen Abschnitts der „South Stream“ unterzeichnet. Der damalige OMV-Chef Gerhard sagte dabei (OMV, 2014): „Mit dem South-Stream-Projekt gewährleisten Gazprom und OMV Versorgungssicherheit für Europa, ganz besonders für Österreich. Dieser Vertrag stärkt die Rolle von Baumgarten als wichtiger Erdgas-Hub für Europa.“ Und später (orf.at, 2014): Es wäre ihm lieber gewesen, den Vertrag schon vor drei Jahren unterschrieben zu haben. Und eine größere Abhängigkeit von Russland sei „eine Mär“. Österreich exportiere Waren im Wert von rund 3,5 Milliarden Euro nach Russland. Die Importe betrügen fast ebenso viel und bestünden größtenteils aus Öl und Gas. Es bestehe also eine Art Integration. „Gas ist keine politische Waffe.“

Bereits davor warnte Roiss vor Sanktionen gegen Russland: „Wir sollten nicht zündeln“ (Kurier, OMV-Chef Roiss: "Wir sollten nicht zündeln", 2014). Ende des Jahres berichtet (Industriemagazin, 2014): Er erneuerte seine Kritik und Warnung – „an Brüssel gerichtet“ – Gas als politische Waffe zu missbrauchen. Gegenüber „Ö1“ meinte Roiss, der South-Stream-Stopp sei „sehr bedauerlich für Europa“.

Trotz dieser Positionierung ist Roiss nicht wie etwa der ehemalige Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl, die beiden ehemaligen Wirtschaftsminister Martin Bartenstein und Reinhard Mitterlehner, oder der Unternehmer Siegfried Wolf und Ex-OMV-CEO Rainer Seele Träger des von Präsident Putin verliehenen „Ordens der Freundschaft“ (Wikipedia, Orden der Freundschaft, 2023).

11. OMV von Beginn an auf Russland fokussiert

Aus der historischen Entwicklung wird auch deutlich, dass der Bezug von russischem Gas für die OMV in ihrem „unternehmerischen Optimierungshorizont“ von Beginn an die Option war. Als Nachfolgerin der Sowjetischen Mineralölverwaltung (SMV) verfügte sie über Erfahrungen und Kontakte aus zehn Jahren unter sowjetischem Management, die SMV war direkt dem UdSSR-Ölministerium unterstellt. Der Beschluss der UdSSR zur Durchführung von Erdgasexporten und der einfach vorzunehmende Anschluss der ostösterreichischen

Gasinfrastruktur an die 1967 fertiggestellte Pipeline bis Bratislava ergaben das konkrete „Window of Opportunity“. Zugleich kann die damalige ÖMV durch den Abschluss eines ersten Liefervertrags auch den Bemühungen der Landesgasgesellschaften, sich selbst im Importgeschäft zu positionieren und Versorgungsschienen aus dem Westen (Deutschland/Niederlande) beziehungsweise Süden (Italien/Algerien) zu etablieren, einen wirksam Rückschlag versetzen. Außerdem konnte die UdSSR zugleich das Fundament für ihren Plan legen, Österreich mit Gaslieferungen wirtschaftlich abhängig zu machen. Ein erster Hinweis dafür ist wie bereits erwähnt die Nicht-Reaktion der österreichischen Politik auf die sowjetisch-geführte blutige Niederschlagung des Prager Frühlings im Jahr 1968.

Ab dieser Zeit erscheint die Ausweitung der Gasbezüge aus der UdSSR beziehungsweise aus Russland als eine Art „Selbstläufer“, ist damit doch auch die wachsende Bedeutung als europäische Gasdrehscheibe verbunden. Selbst die ab 2000 startende Liberalisierung des europäischen Gasmarkts hat darauf kaum einen Einfluss, denn langfristige Verträge sind weiterhin möglich und das Transportgeschäft als natürliches Monopol geschützt. Diversifizierungsbemühungen sind überschaubar: Der Vertrag mit Norwegen im Jahr 1986 kommt nach den vorangegangenen energiepolitischen Bemühungen und über inländischen (AFG/Landesgasgesellschaften) und ausländischen (vor allem USA) Druck zustande. Neben der Konsortialführung bei der gescheiterten Nabucco-Pipeline übernahm die OMV auch den Lead beim von Russland initiierten Konkurrenzprojekt South Stream, das aber ebenso nicht realisiert wurde. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die Stärkung als Gasdrehscheibe wichtiger als die Diversifizierung der Lieferquelle bewertet wurde. Darauf folgende Diversifizierungspläne (Rumänien, Norwegen) hätten an der Dominanz russischer Gaslieferungen für die österreichische Gasversorgung, die damals bis 2027 vertraglich fixiert waren, kaum etwas verändert.

Vor dem Hintergrund der OMV-Unternehmensgeschichte und der Strategie der Gazprom, ihren Einfluss in Westeuropa weiter auszubauen, sollte die ab 2015 durch den neuen Vorstandsvorsitzenden Rainer Seele geplante „Anbindung“ an die Gazprom („man soll nur auf einer Hochzeit tanzen“ (Addendum, 2018)) keine Überraschung sein – insbesondere, wenn dabei auch die langjährige Sozialisierung des Managers im russischem Geschäftsumfeld und sein Kontakt mit Gazprom berücksichtigt werden. Seele war ab 1996 Leiter der strategischen Planung bei Wintershall, die im Herbst 1990 mit Gazprom eine Vereinbarung zur Vermarktung von russischem Erdgas in Deutschland getroffen hatte. 1993 gründeten Wintershall und Gazprom als Joint Venture die Wingas. Aufgrund der EU-Gasrichtlinie und deren Anforderungen zur Trennung des Erdgashandels von Transport und Speicherung wurde die Wingas in eine „neue“ Wingas (Handel) und die Wingas Transport aufgespalten. Letztere wurde 2012 in Gascade umbenannt und wurde Teil der WIGA, einem gemeinsamen Unternehmen von Wintershall und Gazprom. Das Speichergeschäft wurde durch die Gazprom Germania und deren Tochter Astoria abgewickelt (mit den größten westeuropäischen Speichern in Rehden/Niedersachsen, in Jemgum/Niedersachsen und in Haidach/Salzburg), die seit 2013 zu 100 % im Eigentum von Gazprom standen. Die Wingas ging 2015 komplett in den Besitz der Gazprom über (die Gazprom Germania firmiert seit 2022 unter neuem Namen und steht mit ihren Tochterunternehmen Wingas und Astoria unter treuhänderischer Aufsicht der deutschen Bundesnetzagentur). Seele übernahm im Jahr 2000 die Geschäftsführung der Wingas und war ab 2002 im Vorstand der Wintershall für den Erdgashandel zuständig; von 2009 bis zu seinem Antritt als Vorstandsvorsitzender bei der OMV übte er diese Funktion bei der Wintershall aus. Zudem war Seele seit 2012 Präsident der Deutsch-Russischen Außenhandelskammer. Dieser Hintergrund musste auch den für die Bestellung von Rainer Seele Verantwortlichen bekannt und bewusst gewesen sein. Meldungen ((DiePresse, 2022), (Puls24, 2022)), wonach Putin die Nominierung Seeles gefördert hätte (etwa laut Puls24: „St. Petersburg hat Rainer S. nominiert“) und ein westlicher Geheimdienst Österreich gewarnt hätte, konnten im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss nicht bestätigt werden.

Politik und Verwaltung waren über die gesamte Zeit primär „Begleiter“ der OMV, des heute größten österreichischen Unternehmens. Neben der Nähe zum kompetenzmäßig zuständigen, zumeist von der ÖVP-geführten Energieministerium bestanden auch gute Verbindungen zur SPÖ, seit 1987 regierten die beiden Parteien mit unterschiedlicher Gewichtung in Großen Koalitionen. So war etwa Kurt Eder, langjähriger SPÖ-Nationalrat und Energiesprecher (bis 2007), bei der OMV beschäftigt und nach einem Pressebericht (Kurier, "SPÖ-Urgestein soll Russen-Deal politisch unterstützen", 2016) auch noch nach seiner Pensionierung Ende 2015 als Konsulent tätig, um die „Russland-Strategie“ von Seele zu unterstützen. OMV-Manager, die in hohe Regierungsämter wechselten (Viktor Klima/SPÖ-Bundeskanzler, Wolfgang Ruttenstorfer/SPÖ-Finanzstaatssekretär, Caspar Einem/SPÖ-Innenminister), sind weitere Beispiele für die ausgezeichnete Vernetzung des Unternehmens mit der Politik.

12. Das „moderate“ österreichische Risiko

Die „Begleitung“ von Politik und Verwaltung spiegelt sich auch in den Konzepten, Plänen und Krisenszenarien wieder. Beispiel ist etwa die Risikobewertung in einer vom Wirtschaftsminister beauftragten Studie der (E-Control, 2003) zu einer politisch motivierten Einkürzung der Erdgasversorgung durch Russland als „unwahrscheinlich“ – und den daraus abgeleiteten Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung: ein „effizientes Marktmodell“ und „internationale Kooperation“. In wenigen Sätzen wird ein Szenario verworfen, das aufgrund des potenziellen – heute realen – Schadens für die österreichische Volkswirtschaft eine eingehendere Analyse und Diskussion erfordert hätte.

Auf einen ähnlichen Zugang lässt sich aus dem österreichischen Präventionsplan 2019 (über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung) schließen, mit dem die Auswirkungen einer teilweisen oder vollständigen Unterbrechung der russischen Gaslieferungen untersucht wurden und der 64 mögliche Störungen im „moderaten Risikobereich“ (Kurier, "SPÖ-Urgestein soll Russen-Deal politisch unterstützen", 2016) identifiziert. Die Intention des Plans scheint lediglich in der formalen Erfüllung der Mindestanforderungen der EU zu liegen, was auch seine Aufmachung unterstreicht (von der EU gab es dazu eine negative Stellungnahme, eine überarbeitete beziehungsweise notifizierte Version ist auf der entsprechenden EU-Website nicht aufzufinden). Seine Nutzung für vertiefte Untersuchungen – aufgrund der exponierten Lage der österreichischen Erdgasversorgung eigentlich dringend geboten – und eine breitere fachliche Diskussion wurden nicht in Betracht gezogen. Mehr Transparenz der Öffentlichkeit gegenüber beziehungsweise die Erklärung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen im Falle des Eintretens dieser Risiken hätten auch zu einer anderen Wahrnehmung dieser Risiken sowie zu anderen Maßnahmen führen können.

13. Gute Gründe für russisches Gas? Vier Dogmen

Trotz der national und international vorgebrachten Bedenken wurden die Risiken stets „verkleinert“ und zugleich Pro-Argumente über Jahrzehnte, ohne zu hinterfragen, tradiert. Es waren vor allem vier immer wiederkehrende Argumente, die schließlich quasi zu Dogmen wurden.

- „Russisches Erdgas ist alternativlos für Österreich.“

Eine Aussage des vormaligen Wirtschaftsministers Martin Bartenstein illustriert das beispielhaft (Nationalrat R. Ö., Stenographisches Protokoll 10. Sitzung XXIV. Gesetzgebungsperiode, 2009, S. 166): „Ich glaube, dass mittelfristig in den nächsten zwei oder drei Jahrzehnten auch weiterhin russisches Erdgas das Rückgrat unserer Gasversorgung darstellen wird.“ Hier wurde konsequent negiert, dass – wie sich in der jüngsten Vergangenheit deutlich zeigt – entschiedenes politisches Handeln neue Realitäten schafft.

- „Russland ist ein zuverlässiger Lieferant.“

Es wurde ausgeblendet, dass andere Länder durchaus schon von Lieferunterbrechungen betroffen waren. Ebenso wurde verdrängt, dass „Gas als politische Waffe“ solange nicht angewendet wird, solange politisches und wirtschaftliches Wohlergehen nicht aufgekündigt wird, verliert doch dieses durch sein implizites oder explizites Drohpotenzial mächtige Instrument im Fall seiner Anwendung viel seiner Wirkung – was derzeit ebenfalls zu beobachten ist.

- „Zwischen Russland und Österreich besteht eine gegenseitige Abhängigkeit.“

Dieses Narrativ wurde ganz besonders auch von Russland gepflegt. Fredrik Erixon, Direktor des Europäischen Zentrums für Internationale Politische Ökonomie in Brüssel, stellte schon 2008 dazu fest (Malek, 2009, S. 7): „[W]ährend Russland seine Pipelines nach Europa leicht für einige Tage sperren könnte, kann Europa nicht einmal kurzfristig ohne russische Energie auskommen“. Es besteht also jedenfalls eine Asymmetrie in der Wirkung, und wie wiederum aus der aktuellen Situation – und früheren soliden Überprüfungen der Behauptung – erkennbar ist, kann die Verringerung des Angebots zu Preissteigerungen führen, die insgesamt sogar zu einem Zuwachs der Einnahmen von Gaslieferanten führen.

- „Russisches Gas ist billig.“

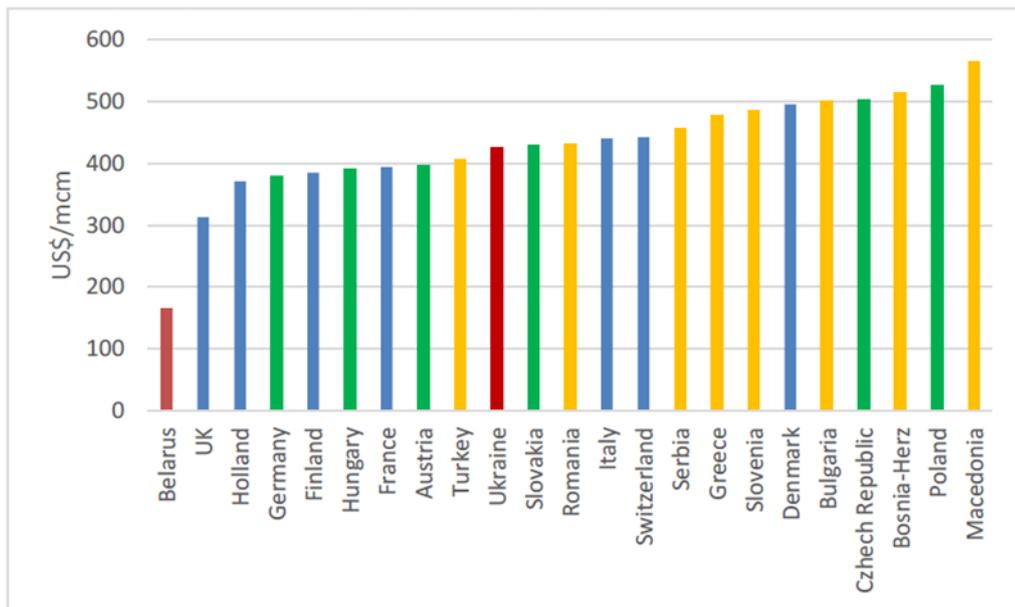
Auch wenn die russischen Gasverträge streng vertraulich sind, können aus ihren „Ergebnissen“ Rückschlüsse gezogen werden, wie „billig“ russisches Gas tatsächlich war beziehungsweise ob Österreich durch den Bezug von russischem Erdgas Wettbewerbsvorteile erzielen konnte, insbesondere gegenüber dem Haupthandelspartner Deutschland.

Für die frühen Jahre des Bezugs von sowjetischem Erdgas stellt (Högselius, 2013, S. 224, 225) fest, dass von sowjetischer Seite durchaus der Bezug zum Preisniveau anderer Anbieter hergestellt wurde:

[T]he Soviets closely monitored the prices West European gas companies paid for gas from elsewhere, and skilled negotiators such as Nikolai Osipov earned a reputation for being tough in demanding prices at roughly the same level. [...] ÖMV, for its part, was severely criticized domestically for having agreed on a too high price for its Soviet supplies. The Soviets changed their pricing strategy only in the 1980s, lowering their bids in order to make maximal use of the newly constructed Urengoi-Uzhgorod export pipeline.

Mit Ausnahme der 80er-Jahre dürfte sich dieser Ansatz nicht grundlegend verändert haben. Das Oxford Institute for Energy Studies (Henderson James & Mitrova Tatiana, 2015) zeigt anhand von Daten für das Jahr 2013 für Österreich sogar leicht höhere Preise als für Deutschland, siehe Abbildung 4.

Abbildung 4: Gaspreise von Gazprom nach Abnehmerland (2013)



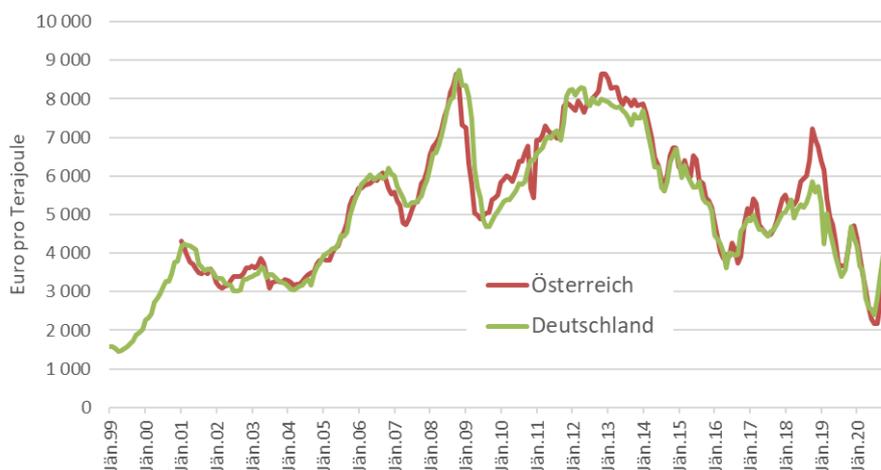
Source: Izvestia, Gazprom

NB: Blue countries are Western Europe, Green are Central Europe, Yellow are South and South-East Europe and Red are FSU

Quelle: (Henderson James & Mitrova Tatiana, 2015, S. 35)

Laut (Gros Daniel, 2022) hat die deutsche Industrie in den Jahren seit 2012 etwa 10 % mehr als andere europäische Mitbewerber für russisches Gas bezahlt. Vergleicht man die Erdgasimportpreise für Österreich mit denen des Haupthandelspartners Deutschland, so ergibt sich ein weitgehend gleicher Verlauf mit tendenziell sogar leicht höheren österreichischen Importpreisen, siehe Abbildung 5. Daraus lässt sich ableiten, dass weder in Deutschland noch in Österreich billiges russisches Gas „angekommen“ ist. Auch die Schlussfolgerung von Gros, wonach dem Verlust an Versorgungssicherheit kein Vorteil in Form eines niedrigeren Gaspreises gegenübersteht, kann demnach als für beide Länder als gültig angesehen werden.

Abbildung 5: Grenzübergangspreise von Gas 1999–2020 zwischen Österreich und Deutschland



Quelle: Eigene Berechnungen bzw. Darstellung auf Basis von Statistik Austria, Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

In den letzten Jahren hat Gazprom seine Preisgestaltung sukzessive neu ausgerichtet: weg von an den Ölpreis gebundenen Verträgen hin zur Orientierung auf die Spot- und Forward-Märkte sowie deren Preisentwicklung an den verschiedenen Handelsplattformen (mehr als 80 % des Verkaufsvolumens wird derart bepreist). Nach eigenen Darstellungen von Gazprom (Gazprom, 2021, S. 34) für das Jahr 2020 liegen die im Gazprom-Portfolio verrechneten Preise um etwa 20 % höher als die „Day-ahead“- oder „Month-ahead“-Preise. Ein Beleg für billige russische Gasverträge ist dies ebenfalls nicht.

Eine faktenbasierte Grundlage für die noch immer oft vorgebrachte Argumentation, dass wir zumindest über Jahrzehnte „billiges russisches Gas“ erhalten und damit unseren heutigen Wohlstand aufgebaut hätten, lässt sich aus den obigen Informationen nicht erkennen.

14. Leitplanken für den Gasimport und Risikobewertung 2.0

Die Österreichische Energieagentur hat im April 2022 in der Analyse „Strategische Handlungsoptionen für eine österreichische Gasversorgung ohne Importe aus Russland“ (Energieagentur, 2022) – ausgehend von der Forcierung der Energieeffizienz und des Ausbaus erneuerbarer Energieträger – strategische Stoßrichtungen vorgeschlagen. Seit damals wurden von der OMV bereits einige Aktivitäten zur Diversifizierung gesetzt und so könnte das Unternehmen nach eigenen Aussagen seine Lieferverpflichtungen in Österreich auch zur Gänze durch nicht-russischen Mengen erfüllen. Die Kapazitäten der OMV am LNG-Terminal in Rotterdam wurden ausgeweitet und 40 TWh an Transportkapazitäten erworben. (Kurier, Gasversorgung: Vorbereitungen für nächsten Winter auf Hochtouren, 2023). Dieser Weg muss jedenfalls fortgesetzt und die gesamte Gaswirtschaft einbezogen, da der Marktanteil der OMV „nur“ bei 40 – 45% liegt von der gesamten Gaswirtschaft mitgetragen werden.

Eines der „Learnings“ der gegenständlichen Analyse ist, dass Politik die Wahl der Importrouten bzw. -länder – entscheidend für die Versorgungssicherheit – privatwirtschaftlichen Interessen überlassen hat und dass diese Interessen die Risikobewertung beeinflusst sowie vorgebrachte Warnungen negiert haben. Die entsprechenden Pläne wurden nach dieser Risikobewertung konzipiert und waren – so zeigt die aktuelle Realität – nicht für die Krise geeignet. Maßnahmen, wie die Erhöhung der inländischen erneuerbaren Energieerzeugung, die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen oder die Diversifizierung der Importländer wurden dabei vernachlässigt. Interessensgruppen, die bis vor kurzem noch den Ausbau der Erneuerbaren sehr kritisch bewerteten, beklagen nunmehr Versäumnisse der Politik.

Um derartige Entwicklungen zukünftig zu vermeiden, braucht es seitens der Politik „Leitplanken für den Gasimport“ oder überhaupt eine „Roadmap für den Gasimport“ – nicht nur für Erdgas, sondern auch für erneuerbare Gase wie grünen Wasserstoff und seine Derivate. Dabei muss auch die Risikobewertung neu aufgesetzt werden (Methodik, Konsultation mit Stakeholdern, Art und Gewichtung der Risiken, Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit). Nicht nur die technischen und ökonomischen Risiken wären aufzuzeigen und zu berücksichtigen, sondern auch die politischen Aspekte, inklusive der demokratiepolitischen und menschenrechtlichen Dimension.

Schon im Jahr 2004 hat die Internationale Energieagentur (IEA, 2004) festgestellt, dass die öffentliche Hand auch in einer liberalisierten Gasversorgung Verantwortung für die Versorgungssicherheit trägt und klare politische Zielvorgaben entlang der gesamten Gaskette setzen sollte.

Über die Österreichische Energieagentur – Austrian Energy Agency (AEA)

Die Österreichische Energieagentur liefert Antworten für die klimaneutrale Zukunft: Ziel ist es, unser Leben und Wirtschaften so auszurichten, dass kein Einfluss mehr auf unser Klima gegeben ist. Neue Technologien, Effizienz sowie die Nutzung von natürlichen Ressourcen wie Sonne, Wasser, Wind und Wald stehen im Mittelpunkt der Lösungen. Dadurch wird für uns und unsere Kinder das Leben in einer intakten Umwelt gesichert und die ökologische Vielfalt erhalten, ohne dabei von Kohle, Öl, Erdgas oder Atomkraft abhängig zu sein.

Das ist die missionzero der Österreichischen Energieagentur.

Rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus vielfältigen Fachrichtungen beraten auf wissenschaftlicher Basis Politik, Wirtschaft, Verwaltung sowie internationale Organisationen. Sie unterstützen diese beim Umbau des Energiesystems sowie bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise.

Die Österreichische Energieagentur setzt zudem im Auftrag des Bundes die Klimaschutzinitiative **klimaaktiv** um. Der Bund, alle Bundesländer, bedeutende Unternehmen der Energiewirtschaft und der Transportbranche, Interessenverbände sowie wissenschaftliche Organisationen sind Mitglieder dieser Agentur.

Besuchen Sie uns auf unserer Webseite: energyagency.at.



AUSTRIAN ENERGY AGENCY

energyagency.at